

**Buggingen / Kreis Müllheim.** -fü. Das zur Kali- und Salz AG in Kassel gehörende Kaliwerk Buggingen wird am 30. April 1973 seine Produktion einstellen. Diesen überraschenden Entschluß gab Bergwerksdirektor Hein von der Unternehmensleitung am Mittwochabend in einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz in Buggingen bekannt, an der auch Landrat Allgeier, die Bürgermeister Späth (Heitersheim) Zitzer (Buggingen) und Erler (Seefeld) sowie Vertreter der Industriegewerkschaft Bergbau teilnahmen. Die 302 Beschäftigten des Werkes, denen mit Ausnahme von 50 Mitarbeitern bis zum nächsten Frühjahr gekündigt werden soll, waren zuvor in einer Betriebsversammlung von diesem folgenschweren Schritt unterrichtet worden.

Die Restbelegschaft ist bis auf weiteres für die Stilllegungsarbeiten erforderlich, deren Umfang und Dauer im Augenblick noch nicht zu übersehen sind. Ein Sozialplan, der bereits am 16. Juni 1971 zwischen der Werksleitung und dem Betriebsrat vereinbart und für die damals ausgeschiedenen 300 Mitarbeiter angewandt wurde, sieht Abfindungen, Lohngarantien, Umschulungsbeihilfen und Wartegelder in Höhe von zwei Millionen Mark vor.

Nach Angaben von Direktor Hein arbeitet das seit dem Jahre 1926 bestehende Kaliwerk Buggingen, das einmal über 1250 Mitarbeiter beschäftigt hatte, schon seit einigen Jahren mit Verlusten, die sowohl auf die eigene ungünstige Preislage als auch auf den erheblichen Preisrückgang im internationalen Wettbewerb zurückzuführen sind. Das Bugginger Werk ist im Vergleich zu allen anderen Kali- und Steinsalzwerken der Bundesrepublik mit einem außerordentlich hohen Kostenaufwand belastet. Wegen des starken Gebirgsdrucks muß das Streckennetz unter Tage mit besonderen Sicherungen versehen und ständig unterhalten werden. Schlagwettergefahr machen besondere Schutz-

maßnahmen und zusätzliche Einrichtungen an Maschinen erforderlich. Hohe Gebirgstemperaturen bringen weitere Erschwernisse. Die Kosten für jede Tonne geförderten Rohsalzes liegen im Bugginger Werk mehr als doppelt so hoch wie bei anderen Kaliwerken in der Bundesrepublik.

Versuche, durch Anwendung eines neuen Abbaufahrens im Schacht III in Heitersheim unter gleichzeitiger Reduzierung der Belegschaft aus der schwierigen Kostensituation herauszukommen, haben trotz erheblicher Verbesserungen der Abbauleistung nicht ausgereicht, die großen Verluste zu mildern. Und dies, obwohl in den Jahren 1968 bis 1972 im Werk Buggingen zehn Millionen Mark, davon 7,5 Mio. DM unter Tage, investiert wurden. Direktor Hein bezifferte den Reinverlust des Bugginger Werkes in den letzten fünf Jahren auf 30 Millionen Mark. Jede Tonne Rohsalz, die in Buggingen gefördert wurde, habe im Durchschnitt der letzten fünf Jahre 63 DM Verlust gebracht.

Nennenswerte Absatzsteigerungen sind, wie Direktor Hein sagte, bei der gegenwärtigen internationalen Marktsituation im Kalibereich auf

längere Sicht nicht zu erwarten. Die sehr exportabhängige westdeutsche Kaliindustrie — mehr als 45 Prozent der Produktion gehen ins Ausland — sei durch die DM-Aufwertung im vergangenen Jahr besonders betroffen worden. Gleichzeitig seien Lohn- sowie Energie- und Frachtkosten weiter gestiegen. Die Kali- und Salz AG, die in der Bundesrepublik 13 Kali- und Steinsalzwerke betreibt, sei deshalb zu größtmöglicher Betriebskonzentration gezwungen und könne die hohen Verluste des Bugginger Werkes nicht länger tragen.

Welche Verwendung das Werksgelände und die Werksanlagen künftig finden, ist noch völlig offen. Die Kali- und Salz AG wird versuchen, einen Anschlußbetrieb zu finden, der hier einsteigt, zumal Bahnanschluß und sämtliche technische Anlagen vorhanden sind. Sicher ist, daß alle Einrichtungen, die nur von Bergbaubetrieben verwendet werden können, abgebaut und beseitigt werden.

## 1973 Einlagerung von Müll im Kalibergwerk Buggingen?

Zunächst sollen Versuchsfässer deponiert werden

*Am 1. April 1973*

**Buggingen.** Die Einlagerung von Müll im Kalibergwerk Buggingen, das zum 1. April geschlossen wird, hält das Bergamt in Freiburg noch in diesem Jahr für möglich. Nach Auskunft von Oberbergrat Stuckmann denkt man an die Deponie von Hartsalzen. Wie viel Müll abgelagert werden kann, steht freilich noch nicht fest. „Es können 1000 Tonnen sein, vielleicht aber auch mehr“, bestätigte Stuckmann. Schließlich müsse erst festgestellt werden, wie stark sich die Hohlräume in den Schachtanlagen nach der Stilllegung zusammenpressen.

Entschieden bestritt Oberbergrat Stuckmann die Vermutung, die Einlagerung des Mülls könne schon in diesem Monat beginnen. „Davon kann keine Rede sein“.

Denn bislang liege lediglich vom Kalibergwerk Buggingen ein Antrag auf versuchsweise Deponie vor. Der endgültige Antrag werde erst später gestellt.

Überdies muß nach Angaben Stuckmanns noch ein Gutachten angefordert werden. Es soll klären, ob die Fässer, die eingelagert werden sollen, durch Gebirgsdruck zerquetscht werden können. Ferner müsse untersucht werden, wie das Salz reagiere und ob die Gefahr bestehe, daß es ins Grundwasser eindringe.

Solange das Gutachten nicht vorliege, sagte Stuckmann, werde das Bergamt auch einer versuchsweisen Deponie von Fässern nicht zustimmen. „Das wird wenigstens noch vier Wochen dauern.“ Man müsse sichergehen.